

Stört dich das, Tracho?

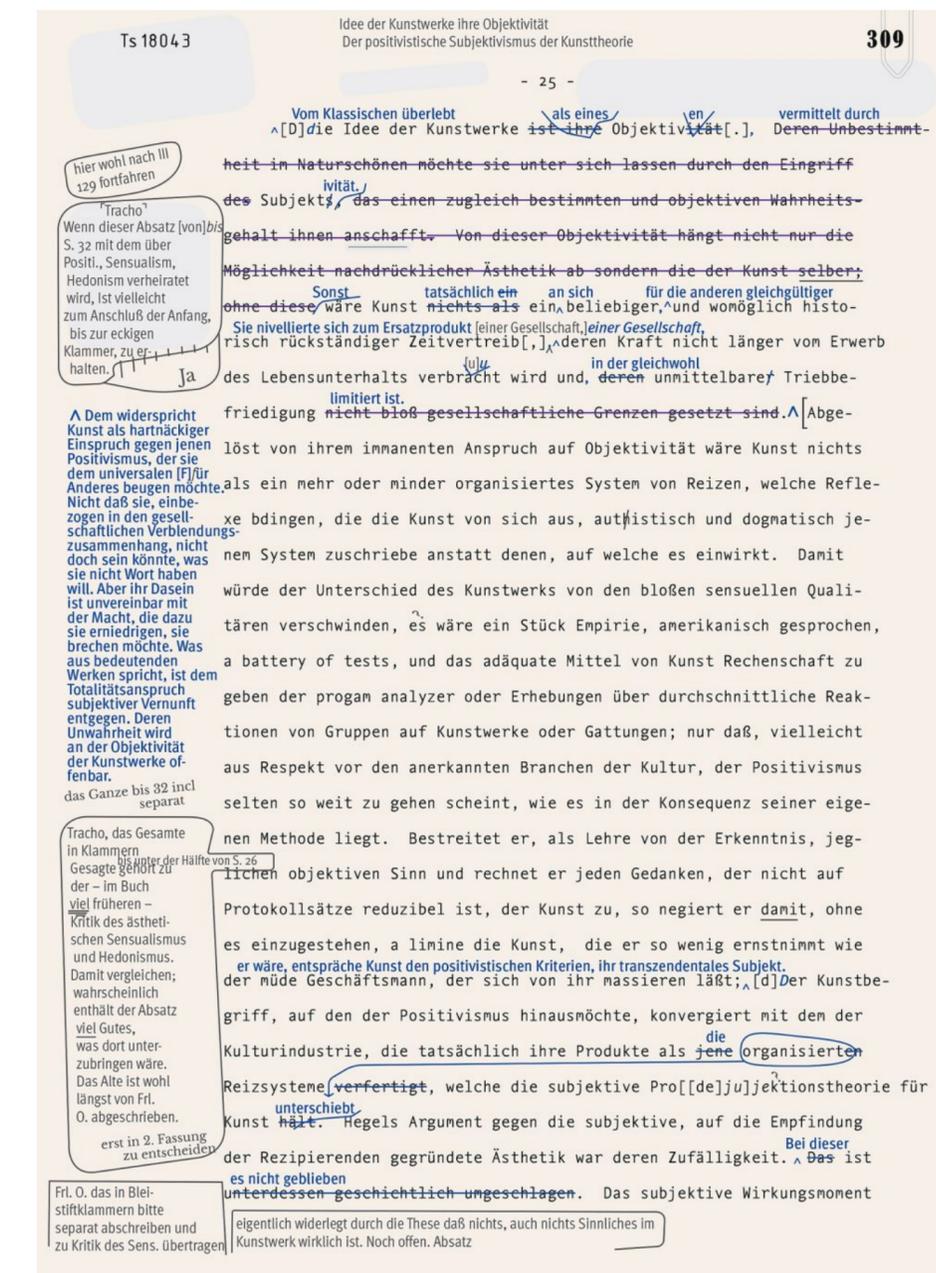
Eine Edition zeigt, wie die Texte, die posthum zur „Ästhetischen Theorie“ wurden, beim Tod ihres Autors Theodor W. Adorno aussahen.

Selbst das trockene Geschäft der Editions-wissenschaft ist zuweilen eine poetische Sache. „Was nie geschrieben wurde, lesen“, heißt es bei Hugo von Hofmannsthal, und im Vorwort zu einer neuen Adorno-Ausgabe: „Es gibt Bücher, die existieren, obwohl sie nie geschrieben wurden. Manche von ihnen entfalten sogar eine enorme Wirkung, so wie die vor fünfzig Jahren erstmals erschienene, aus dem Nachlass herausgegebene „Ästhetische Theorie“. Drei Werke sollten nach des Autors Willen das darstellen, was er „in die Waagschale zu werfen habe“: die „Negative Dialektik“, ein geplantes moralphilosophisches Buch und eben die „Ästhetische Theorie“ als Summe seiner Arbeiten zu Kunst, Musik, Literatur. Doch bei Adornos Tod im August 1969 lag da nur ein unvollendetes Manuskript. Seit Gretel Adorno und Rolf Tiedemann ein Jahr später das Konvolut in den „Gesammelten Schriften“ edierten, suggeriert allein die Gestalt eines stattlichen Buches eine Geschlossenheit, die stärker wirkt als alle ausdrücklichen Hinweise auf den un-abgeschlossenen Charakter des Werkes. In dieser Form machte es Geschichte.

Was sich jetzt unter dem sperrigen Titel „Schein – Form – Subjekt – Prozesscharakter – Kunstwerk“ dem staunenden Auge präsentiert, ist in Wirklichkeit ein intellektuelles Abenteuer: nicht weniger als die Teiledition der „Ästhetischen Theorie“, wie sie bei des Autors Tod vorlag, und unschätzbar ist der Gewinn durch den Einblick, was eigentlich im materiellen Sinne die Grundlage war für dieses wirkmächtige Buch. Die Herausgeber nämlich bedienen sich der inzwischen erprobten Editionsverfahren mit genauen, mehrfarbigen Faksimiles der Vorlage und der parallelen, kommentierten Transkription, mit deren Hilfe man auch Adornos unzählige handschriftliche Korrekturen nachvollziehen kann. Zwar waren einzelne Typoskriptblätter bereits hier und da abgebildet, doch der Eindruck durch 230 großformatige Reproduktionen ist überwältigend: ein kunstvoll-zufälliges Gewirr von getipptem Text, Streichungen, Hinzufügungen, Querverweisen, Verschiebungen, Fragen und Antworten.

Adorno hatte sich in den frühen Sechzigern an die Arbeit gemacht; nach zwei Frühfassungen, in Paragraphen beziehungsweise Kapitel gegliedert, war er an eine dritte gegangen, für die er eine vollkommen neue, die Leser nicht mehr auf eine lineare Lektüre verpflichtende Anordnung plante. Das Typoskript dieser Fassung sollte noch einmal tiefgreifend überarbeitet werden, und erst jetzt sollten die einzelnen Textbausteine in ihrer definitiven Reihenfolge angeordnet werden. In dieser Form kam die „Ästhetische Theorie“ auf die Nachwelt – und auf die Herausgeber.

Die neue Edition beschränkt sich glücklicherweise nicht auf Reproduktionen, sondern erlaubt durch ein übersichtliches Verweissystem den direkten Vergleich mit dem gedruckten Buch. Dabei wächst mit jeder Seite die Bewunderung für die Pionierarbeit von Gretel Adorno und Rolf Tiedemann, die, aus tiefer Vertrautheit mit dem Autor und seinem Plan, ein riesiges, überaus kompliziertes Konvolut entzifferten und in eine Ordnung brachten, mit der sich arbeiten lässt. Wie tief gerade Gretel Adornos Vertrautheit war, zeigen die Spuren ihrer intensiven Mitarbeit in Randbemerkungen, Fragen des Autors und Antworten: „Habe ich anderswo schon gesagt. Tracho, stört dich das?“ Gretels lakonischer Kommentar: „Ja.“ Die Faksimile-Edition macht sichtbar, dass gerade das Problem der Anordnung dieser Texte fast unlösbar ist und dass Gretel Adorno und Tiedemann des-



Gretel Adorno und die Sekretärin Fraulein Olbrich wussten Bescheid: eine Seite der neuen Edition. Abbildung aus dem besprochenen Band

halb hier auch anfechtbare Entscheidungen treffen mussten; insofern ist sie ein völliger Neubeginn für die Entstehungsgeschichte von Adornos letztem Buch.

Dennoch weckt auch dieses Verfahren Bedenken. Das Problem zeigt sich schon im Eingangssatz der Herausgeber über „Bücher, die existieren, obwohl sie nie geschrieben wurden“. Gerade auf die „Ästhetische Theorie“ trifft er offensichtlich nicht zu: Ein nicht geschriebenes Buch ist etwas vollkommen anderes als ein nicht abgeschlossenes. Und ein nicht abgeschlossenes Buch in einem so fortgeschrittenen Stadium ist nicht nur ein Zettelkasten, sondern materialisierte Gestalt der Arbeit und Absichten des Autors. Vollkommen zu Recht hat sich die Editions-wissenschaft der letzten Jahrzehnte bei publizierten Werken gegen das freihändige Erstellen von fiktiven Textfassungen gewendet, die der Autor selber niemals geschaffen hat. Die Kehrseite liegt in einer Beschränkung auf eine strikt positivistische Zustandsbeschreibung von Manuskripten und in der krassen Überschätzung der Entstehungsgeschichte für das Verständnis eines Werkes. Für vollendete Werke ist das offensichtlich: Entstehungsgeschichte und Manuskriptfassungen etwa der „Negativen Dialektik“ sind für das inhaltliche Verständnis ganz sicher nicht vorrangig.

Anders natürlich bei Nachlasspublikationen. Dennoch, der Zustand der „Ästhetischen Theorie“ verdankt sich keinem inhaltlich interpretierbaren Sinn, sondern nur einer biographischen Tatsache: Der Tod des Autors hat die Arbeit in einem willkürlichen Augenblick beendet, und auch wenn niemand ihren Fortgang erraten könnte, bleibt der momentane Zustand im Schreibprozess vollkommen zufällig. Die radikal-positivistische Beschränkung auf den État des choses riskiert, umzuschlagen zu einer strukturellen Aufwertung lebensgeschichtlicher Kontingenzen.

Adorno selbst hat bei zwei großen Torsi des zwanzigsten Jahrhunderts – Alban Bergs „Lulu“ und Walter Benjamins „Passagenwerk“ – die Gegenposition vertreten: Die Fixierung eines zufälligen Moments in der abgebrochenen Entstehungsgeschichte kann nicht das Ende editorischer Arbeit sein. Wenn jetzt die Herausgeber der Faksimiles auch dem Leser die Möglichkeit geben wollen, „das Material auf Basis eigener Überlegungen zu ordnen“, dann enden sie letztlich in einem Selbstwiderspruch: Statt einem ordnenden Herausgeber, dessen Recht zum ordnenden Eingriff infrage gestellt wird, hätte man deren so viele, wie eine solche Typoskript-Edition Leser hat – gewiss nicht der Weisheit letzter Schluss. Adornos Absicht war kein Baukasten für interpretatori-

sche Kombinatorik, vielmehr folgte er einem Bauplan, dem genaueste Expertise bei aller Vorläufigkeit gewiss näherkommen wird.

Und hier liegt schon das simpelste Problem: Die Faksimile-Edition ist beim Studium dieses bedeutenden philosophischen Werks nicht lesbar. Sie ist faszinierend und nunmehr unverzichtbar zur textkritischen Überprüfung der Buchfassung, doch wer sich mit Adornos Ästhetik beschäftigt, bleibt auf diese angewiesen. Die neue Edition erinnert stärker als bisher an den un-abgeschlossenen Charakter der „Ästhetischen Theorie“. Doch in dieser Unabgeschlossenheit liegt kein tiefer Sinn. Den fragmentarischen Zustand – etwa von Benjamins „Passagenwerk“ – hatte Adornos Manuskript längst hinter sich. Als ein unvollendetes, aber dennoch geschriebenes Buch wird man es weiter lesen.

WOLFGANG MATZ



Theodor W. Adorno: „Schein – Form – Subjekt – Prozesscharakter – Kunstwerk“. Textkritische Edition der letzten bekannten Überarbeitung des III. Kapitels der „Ästhetik“.

Hrsg. v. M. Endres, A. Pichler und C. Zittel. De Gruyter Verlag, Berlin/Boston 2021. Bd. I, 330 S., geb., 199,95 €, Bd. II, 230 S., geb., 179,95 €.

Der Marxismus ist tot, es lebe der Antirassismus

Pierre-André Taguieff sieht französische Intellektuelle im Griff der neuesten Ideologien

Pierre-Alain Taguieff, Soziologe, Philosoph und Ideenhistoriker, befasst sich schon lange mit dem Antisemitismus und gehört zu den aufmerksamsten Beobachtern der „Nouvelle Droite“. In den Achtzigjahren diagnostizierte er in Frankreich eine „nouvelle judéophobie“. Zu Beginn des Jahrtausends prägte er den Begriff des „Islamgauchismus“, der vor ein paar Monaten in Frankreich zum politischen Schlagwort wurde, nachdem Präsident Emmanuel Macron den Universitäten geistige Komplizenschaft mit dem islamistischen Terrorismus und „Separatismus in der Republik“ unterstellt hatte.

In seinem Buch „Liaisons dangereuses: islam-nazisme, islam-gauchisme“ werden die Beziehungen der National-

sozialisten und der zeitgenössischen Linken zum Islam behandelt. Zur Ideologie sei der „Islamgauchismus“ durch den Zusammenschluss von Linksradikalen und Islamisten geworden. Der Linken habe er neue revolutionäre Hoffnungen eröffnet. Die Causa der Palästinenser hatten die (vielfach jüdischen) Maoisten der „Gauche prolétarienne“ im Visier, sie ersetzten die Proletarier der Kommunistischen Partei durch die muslimischen Einwanderer aus den ehemaligen Kolonien. Doch die Algerier, Tunesier, Marokkaner wollten nicht vereint kämpfen. Mit den Palästinensern konnten sie sich hingegen identifizieren, die Religion und der Antizionismus beflügelten das Engagement, dem Antisemitismus wurde die „Islamophobie“ entgegengesetzt.

Inzwischen hält Taguieff den Begriff „islamo-décolonial“ für treffender. Er hat der „Intersektionalität“ – der Verknüpfung von Feminismus, Antirassismus und Antikolonialismus – die Studie „L’Imposture décoloniale“ gewidmet. Schon im Titel steckt die These: Es handelt sich um eine „imaginaire Wissenschaft“. Taguieff prangert die Auswüchse der „dekolonialen Ideologie“ an und zeichnet ihre Genealogie nach: Für ihn geht sie auf die Vulgarisierung der französischen Philosophie der Postmoderne zurück. Der Kampf der Geschlechter und Rassen habe den Klassenkampf abgelöst. Die Anfälligkeit der französischen Intellektuellen für Ideologien – nach dem Marxismus der Antirassismus – analysiert er mit Tocqueville.

Lange Fußnoten und gelegentliche Wiederholungen kennzeichnen Taguieffs Bücher. Nicht eine Petition und kein Interview scheinen dem Autor zu entgehen. Auch den Debatten um die Einladung von Achille Mbembe zur Ruhrtriennale 2020 widmet er sich: Mbembe ist für ihn ein „Berufspöpler“.

JÜRGEN ALTWEGG

Pierre-André Taguieff: „Liaisons dangereuses: islam-nazisme, islam-gauchisme“. Éditions Hermann, Paris 2021. 120 S., br., 14,- €.

Pierre-André Taguieff: „L’impoture décoloniale“. Science imaginaire et pseudo-antiracisme. Éditions de l’Observatoire, Paris 2020. 352 S., br., 21,- €.

Links ist man höflich, rechts wird gekämpft

Der Direktor des Instituts für Deutsche Sprache leistet sich eine überaus fragwürdige Streitschrift

Die deutsche Sprache wird politisch instrumentalisiert. Und zwar von den Neuen Rechten. Das ist die zentrale These in Henning Lobins „Sprachkampf“. Wer angesichts von Gendersternen, unbemantelten Mohrenstraßen, sprachlich „gesäuberten“ Donald-Duck-Heften und der Anschwärzung des „Schwarzfahrens“ den Eindruck hat, es sei doch eher das linke Spektrum, das der Sprache seinen politischen Stempel aufdrückt, den will der Direktor des Instituts für Deutsche Sprache eines Besseren belehren. Die titelgebende Metapher durchzieht die gesamte Darstellung und gibt ihr eine dramatische Note: Bei Lobin finden „Schlachten“ statt, in denen „Truppen“ aufeinander treffen, er lädt zu „Frontbesichtigungen“ ein und präsentiert „Aufmarschgebiete“.

Die Neue Rechte – ein unklar definierter konservativ-demokratischer bis zu rechtsextremistischen Positionen reich – kämpft in diesem Szenario mehrere sprachpolitische „Schlachten“. Zu ihnen zählt der Autor die Forderung, Deutsch ins Grundgesetz aufzunehmen, die Ablehnung des Genderns, die Kritik an der politischen Korrektheit, den Widerstand gegen die Anglisierung des Deutschen sowie den – inzwischen weitgehend erlahmten – Kampf gegen die Rechtschreibreform. Nun kann man über den Sinn oder Unsinn all dieser sprachpolitischen Standpunkte streiten, aber keiner ist für sich genommen „rechts“.

Doch damit hält sich Lobin nicht auf. Zwar behauptet er nicht explizit, dass der Purismus, die Genderkritik und die anderen „Kampfziele“ intrinsisch rechtslastig seien. Aber ihre Nutzbarkeit für nationalistische Propaganda ist ihm Grund genug, sie unter Generalverdacht und ideologische Quarantäne zu stellen. Was diese Positionen in Lobins Augen vor allem delegitimiert, ist der Umstand, dass die AfD sie für ihre Profilierung verwendet.

Flankiert wird Lobins Strategie der geistigen Generalhaftbarmachung von der Konstruktion einer – vom Autor nicht so genannten – Kontaktschuld, die auf sich lädt, wer in Berührung mit Mitgliedern rechter Organisationen kommt. So identifiziert Lobin den Verein Deutsche Sprache (VDS) mit seiner politisch bunt gemischten Mitgliedschaft als eine „Brücke“ zwischen der AfD und dem gemäßigten Bürgertum. Zwar räumt der Autor ein, dass sich der VDS, dem er einen beträchtlichen Teil seines Buches widmet, „wohl nicht“ als „eine von der AfD gesteuerte Vordelorganisation bezeichnen“ lasse. Doch dadurch, dass seine Stellungnahmen von der AfD aufgegriffen wurden, habe er dem Sprachnationalismus der Rechtspopulisten „den Teppich ausgerollt“ und es bislang versäumt, sich zu distanzieren.

Folgt man Lobins Logik, müsste jede Äußerung, die eventuell Beifall von der falschen Seite erregen könnte, von vorneherein der Selbstzensur zum Opfer fallen. Seine Mahnung, „es sollten sich alle, die sich öffentlich zur deutschen Sprache äußern, darüber bewusst sein, dass ihre Aussagen immer auch im Kontext einer nationalidentitären Politik gedeutet und eingeordnet werden“, lässt vermuten, dass ihm so etwas vorschwebt.

Unter den Verdacht der Rechtsruck-Begünstigung stellt Lobin auch Redakteure dieser Zeitung, weil sie journalistisch mit dem VDS Kontakt hatten, ebenso die Henning-Kaufmann-Stiftung zur Pflege der Reinheit der deutschen Sprache, die schon durch ihren Stiftungszweck des Autors Missfallen erregt. Dass renommierte Sprachwissenschaftler wie Konrad Ehlich oder Peter von Polenz den von ihr verliehenen Deutschen Sprachpreis angenommen haben, muss wohl an ihrer sprachpolitischen Blindheit liegen, denn die Zielsetzung der Stiftung würden sie Lobin zufolge „wohl kaum selbst aktiv unterstützen“.

Auch die Germanisten Peter Eisenberg und Helmut Glück haben in Lobins Konstruktion rechtsideologischer „Anschlussfähigkeit“ ihren Auftritt. Bei den Gastbeiträgen, die sie gelegentlich in der F.A.Z. veröffentlichten, handele es sich um „notdürftig in Expertentum gehüllte Einseitigkeit“, von der Lobin seine eigenen medialen Stellungnahmen offenbar frei sieht. Wer keinen Sinn für Verschwörungstheorien hat, wird die langatmigen Schilderungen, wer mit wem in bedenklichem Kontakt stand, ermüdend finden.

Während Lobin mit den vermeintlichen oder wirklichen Rechten unterschiedlichster Schattierung streng ins Gericht geht, gehört seine Sympathie deren sprachpolitischen Kontrahenten. Die Verfechter politischer Korrektheit kämpfen ihm zufolge im Namen von „Respekt und Höflichkeit“ einen emanzipatorischen Kampf gegen „kolonialrassistische Wörter und Namen“ und für die „Berücksichtigung des Selbstverständnisses gesellschaftlicher Gruppen“.

Nun bedeutet eine so verstandene „Höflichkeit“ in der Konsequenz, dass jeder, der sich beleidigt fühlt oder das auch nur behauptet, den Sprachgebrauch seiner Mitbürger diktiert kann. Doch diese Bedrohung der Redefreiheit wiegt für Lobin nicht schwer, ebenso wenig die moralische Stigmatisierung von Andersprechenden, die damit einhergeht. Die

milde Kritik, die er an linker Identitätspolitik übt, beschränkt sich auf deren „zuweilen wirklichkeitsfremde Forderungen oder unterkomplexe Deutungen“. Wütende Attacken von Gegnern des Genderns und der politischen Korrektheit zitiert Lobin zuhauf als Beispiele für die dort herrschende Sprachverrohung, die Aggressivität von links kritisiert er hingegen nur am Rande anhand von gerade einmal zwei Beispielen.

Auch das Gendern ist für ihn eine Sache von „Respekt und Höflichkeit“, denn Frauen würden Umfragen zufolge das generische Maskulinum ablehnen. Als einzige Beispiele abgelehnter Maskulina bringt Lobin „Lieber Wähler“ und „Lieber Kunde“. Solche Formen der direkten Anrede im Singular entsprechen aber gerade nicht dem typischen Gebrauch des generischen Maskulinums, das meistens der pluralischen Bezeichnung von Gruppen dient, bei denen das Geschlecht keine Rolle spielt. Zur sprachpsychologischen Begründung des Genderns beruft sich Lobin hier wie auch sonst in seinen öffentlichen Diskussionsbeiträgen auf vermeintlich gesicherte Erkenntnisse, denen zufolge das generische Maskulinum Frauen benachteiligt, weil es im Kopf der Hörer und Leser Bilder von männlichen Akteuren erzeuge.

Tatsächlich sind die entsprechenden Studien in der Sprachwissenschaft stark umstritten, und das Thema ist keineswegs „in seiner ganzen Breite wissenschaftlich durchdrungen“. Während Lobin kritisiert, dass die Möglichkeit eines generischen Femininums vernachlässigt werde, nennt er selbst an anderer Stelle den Grund dafür: Das deutsche Genusssystem ist asymmetrisch, denn es gibt ein „unmarkiertes“ Maskulinum für beide Geschlechter und ein „markiertes“ Femininum nur für Frauen. Den Zusammenhang zwischen beiden Sachverhalten bekommt der Leser jedoch nicht mitgeteilt. Dafür erfährt er, dass ein Aufruf des VDS gegen das Gendern „überdurchschnittlich oft von eher älteren Personen unterzeichnet wurde“, als würde ihn das disqualifizieren.

Die Kritik, gegenderte Behörden-schreiben würden die lesenden Bürger bevormunden, weist Lobin mit dem Argument zurück, jede Lektüre sei schließlich eine Bevormundung, weil man sich ja auf Sprache und Gedanken des Autors einlassen müsse. Dieser Versuch, die Übergriffigkeit der administrativen Sprachsteuerungen hinwegzuphilosophieren, verfährt nicht, denn im Gegensatz zu Zeitungsartikeln oder Romanen ist die Lektüre amtlicher Schreiben selten freiwillig. Ihre Absender sind staatliche Akteure, die sich anmaßen, den Bürgern mit selbstherrlichen Eingriffen in das Sprachsystem moralpolitische Lektionen zu erteilen. Das darf man durchaus als Bevormundung empfinden.

Rechte und linke Sprachideologien bilden für Lobin keine gleich starken Lager. Die linke Identitätspolitik sieht er in der schwächeren Position, denn sie habe wegen ihrer internationalistischen Orientierung viel weniger Durchschlagskraft als das nationalidentitäre Lager, das propagandistisch an „Kultur, Volk und Heimat“ anknüpfen könne. Die aktuelle Wirklichkeit bietet indes ein anderes Bild: An den Hochschulen, in vielen Verwaltungen, einem Teil der Medien und nicht zuletzt im Duden, der in weiten Kreisen immer noch autoritative Geltung hat, dominiert eine links-grün inspirierte Sprachpolitik. Die Folge ist eine Ausbreitung von Genderformen und politisch-korrekten Sprachprägungen in Behörden-schreiben, Rundfunk-sendungen, Büchern und Medientexten. Auch von einem Rückgang der Anglizismen ist bislang nichts zu spüren.

Mit der von Lobin beschworenen nationalistischen Instrumentalisierung der Sprache ist es also in der Praxis nicht weit her. Auch allgemeinsprachlich hat sich der rechte Sprachkampf bislang offenbar nicht als das populistische Zugpferd erwiesen, als das Lobin ihn darstellt. Die AfD ist im Parteienspektrum isoliert. Ganz im Gegensatz zur strukturellen Mehrheit aus Grünen, der SPD und der Linkspartei, die das politische Milieu des gender- und identitätspolitischen Sprachaktivismus bilden, auch wenn nicht alle ihre Mitglieder und Wähler damit übereinstimmen.

Im Nachwort versichert Lobin, dass das Buch ausschließlich in seiner Freizeit und somit nicht auf Kosten des Steuerzahlers entstanden sei. Dass er sein Werk als Privatmann geschrieben hat, wird man ihm glauben. Veröffentlichung wurde es aber mit dem deutlichen Hinweis auf seine Position als Direktor des Instituts für Deutsche Sprache. Sie dürfte seinem Buch in den Augen vieler Leser wissenschaftliche Autorität verleihen. Doch eine unvoreingenommene, wissenschaftlich fundierte Analyse des „Sprachkampfes“ hat Henning Lobin nicht geliefert, stattdessen hat er ihm eine weitere Streitschrift hinzugefügt.

WOLFGANG KRISCHKE



Henning Lobin: „Sprachkampf“. Wie die Neue Rechte die deutsche Sprache instrumentalisiert. Dudenverlag, Berlin 2021. 186 S., geb., 15,- €.